

Strategien der Terrorismusbekämpfung – das Kombinieren von internationalen, offensiven mit nationalen, defensiven Schutzmaßnahmen



Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat ein Strategiewechsel stattgefunden. Defensives Maßnahmen werden mit offensiven kombiniert, wie der Einsatz in Afghanistan zeigt. Die Gründe für diesen Strategiewechsel und die Herausforderungen, die damit einhergehen, werden in diesem Aufsatz analysiert.

Kristin Kruse

Nummer 2 · Mai 2011

Einleitung

Am 17. November 2010 verkündete der damalige deutsche Innenminister, Thomas de Maizière, dass für Deutschland eine veränderte Sicherheitslage gelte: Es gäbe Hinweise auf konkrete Anschlagplanungen in Deutschland. Auf diese wurde mit verstärkter Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit und weiteren, nicht öffentlichen Maßnahmen reagiert. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sei ein Grund zur Sorge, aber kein Grund zur Hysterie, so der Innenminister damals. In der anschließenden Debatte um die reale Bedrohung durch Terroristen wurde die Sinnhaftigkeit solcher Terrorwarnungen diskutiert. Das Terrorwarnsystem der USA wurde als negativer Vergleich heran gezogen. Das einer Ampel nachempfundene Warnsystem befindet sich praktisch ständig auf gelb oder orange – der dritt- und zweithöchsten Warnstufe – und führt dadurch zu einer Abstumpfung der Bevölkerung gegenüber den vermeintlichen Gefahren. Des Weiteren wurden die unterschiedlichen Herangehensweisen Deutschlands und der USA analysiert. Doch bezog sich dies vor allem auf die innenpolitische Lage. In beiden Ländern liegt ein ähnliches strategisches Vorgehen zugrunde, die USA verfolgt dieses allerdings mit größerer Intensität als Deutschland.

Der Krieg in Afghanistan wird ganz wesentlich mit dem Schutz vor terroristischen Angriffen auf westliche Staaten begründet. Der folgende Artikel wird die Effektivität des Afghanistaneinsatzes zum Schutz vor terroristischen Angriffen anhand von drei Argumenten analysieren. Durch offensive Maßnahmen in Afghanistan sollen al Qaida sowohl erstens die Rekrutierungsgrundlage als auch zweitens die Rückzugsräume entzogen werden. Vor allem aber soll verhindert werden, dass den Terroristen der Zugriff auf nukleare Massenvernichtungswaffen aus Pakistan gelingt. Letzterer Aspekt hätte weitreichende Folgen für die defensiven Maßnahmen eines Landes wie Deutschland und verdeutlicht die Notwendigkeit des Kombinierens von internationalen, offensiven mit nationalen, defensiven Schutzmaßnahmen.

Kurz vor der Verkündung der neuen Sicherheitslage für Deutschland sprach Dr. Stephen Biddle vom *Council on Foreign Relations (CFR)* am 11. November 2010 auf Einladung des *Brandenburgischen Instituts für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)* über „Strategies for the war on terror – integrating offence overseas with defensive precautions at home“. Dieser Vortrag bildet die Grundlage für diesen Aufsatz und die darin vorgelegten Schlussfolgerungen.¹

Interaktionseffekte zwischen nationaler und internationaler Strategie

Die Ausgangsproblematik besteht in den Interaktionseffekten der zweigleisigen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus, die die USA seit den Anschlägen vom 11. September 2001 verfolgen. Die Verteidigungsmaßnahmen im eigenen Land wurden um offensive Präventionsstrategien in anderen Ländern ergänzt. Diese doppelte Strategie ist im In- und Ausland sehr umstritten.

Vor allem in Deutschland wird der Nutzen der Präventionsmaßnahmen diskutiert, seit sich Deutschland an den Mandaten *Operation Enduring Freedom (OEF)* und *International Security Assistance Force (ISAF)* mit eigenen Truppen direkt beteiligt. Die Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck, dass die Sicherheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt wird, führt noch heute zu Kontroversen.² Die Erfolge und Misserfolge dieser Strategie sind bisher nur zum Teil sichtbar.

Die Logik des Interaktionseffektes zwischen der nationalen Präventionsstrategie und der internationalen Offensivstrategie steht in diesem Beitrag im Mittelpunkt. Die Hypothese lautet, dass das Verständnis des Wirkungszusammenhangs zwischen präventiven und offensiven Maßnahmen zu einer Effizienzsteigerung bei der inländischen Terrorismusbekämpfung führen kann.

Diese Hypothese wird durch drei kausal verknüpfte Argumente gestützt:

- Die offensiven Maßnahmen in Afghanistan reduzieren die Rekrutierungsmöglichkeiten der Terroristen.
- Durch die Aktionen im Ausland sollen die Terroristen in ihren Möglichkeiten zur Planung, Vorbereitung etc. von Anschlägen beschränkt werden, indem ihnen die Rückzugsräume genommen werden.
- Offensive Maßnahmen verringern die Möglichkeit für Terroristen, an Massenvernichtungswaffen, vor allem Nuklearwaffen aus Pakistan, zu gelangen.

“THE ATTEMPT TO COMBINE OFFENSIVE ACTIONS OVERSEAS WITH DEFENSIVE ACTIONS AT HOME HAS MADE THE WHOLE UNDERTAKING MUCH MORE CONTROVERSIAL.” STEPHEN BIDDLE

Einflussnahme auf die Rekrutierung

Offensive Maßnahmen führen dazu, dass die Rekrutierungsmöglichkeiten der Terroristen eingeschränkt werden – diese Begründung wurde von der US-amerikanischen Regierung unter Präsident George W. Bush vorgebracht, um den Einmarsch im Irak zu rechtfertigen.³ Die US-Regierung argumentierte, dass sowohl Osama bin Laden als auch al Qaida eine Bedrohung für die Sicherheit der Bevölkerung in den USA und Europa darstellen. Um dieser Bedrohung angemessen zu begegnen, reiche es nicht aus, die derzeitigen Mitglieder al Qaidas zu verfolgen. Es müsse darüber hinaus die Fähigkeit der Organisation, neue Mitglieder zu rekrutieren, eingeschränkt werden. Ansonsten entstehe nur ein kurzzeitiger Effekt, der aber nicht die Ursache des Terrorismus bekämpft.

Neue Mitglieder werden zum Teil aus der lokalen Bevölkerung in den Rückzugsräumen rekrutiert. Eine notwendige Voraussetzung zur Radikalisierung der Bevölkerung muss erfüllt sein: Es muss einen Vermittler (z. B. einen Warlord) zwischen den unzufriedenen und verarmten Einwohnern und der für die Situation verantwortlichen Politik geben. Dieser Vermittler kanalisiert die Bedürfnisse der Bevölkerung und wird zu einem politischen Akteur. Er nimmt fehlende oder ungenügende staatliche Aufgaben bzw. institutionelle Funktionen wahr. Neben verschiedenen Ansätzen in der Politikwissenschaft erklärt die *Ökonomie der organisierten Kriminalität* dieses Phänomen aus der Perspektive der *Institutionenökonomik*.⁴ Prägnante Beispiele für solche Vermittler sind die Hisbollah, die faktisch im Libanon einen Staat im Staate gebildet hat, und die Tamil Tigers, welche vor allem im nördlichen Teil Sri Lankas bis zum Jahr 2009 die Staatsgewalt de facto ausgeübt haben.

Einen weiteren Erklärungsansatz für die Radikalisierung der Bevölkerung bietet die *Frustrationstheorie*. Sie beschäftigt sich damit, wann Frustrationen auch auf gesellschaftlicher Ebene zu Aggressionen führen können, die sich dann bspw. in der Unterstützung terroristischer Vereinigungen widerspiegeln.⁵

Unterschiedliche Faktoren im politischen System des jeweiligen Landes führen der Theorie zufolge dazu, dass die Frustration über die eigene Armut, geringe Zukunftschancen etc. in der Bevölkerung zu verstärkten Aggressionen führen. Diese können wiederum durch einen Vermittler gezielt in bestimmte Richtungen gelenkt werden.

Es wurde versucht, diese auslösenden Faktoren für eine Radikalisierung im Nahen Osten als ein Konglomerat verschiedener Autokratien mit einem starken Polizeiapparat zu identifizieren. Die Machtapparate dieser Autokratien extrahieren in hohem Maße die

Ressourcen der Bevölkerung, um damit eine kleine Führungselite zu finanzieren. Der steigende Ressourcenbedarf, der für den Machterhalt aufgewendet werden muss, führt aber langfristig dazu, dass die wirtschaftliche Produktivität der Staaten sinkt. Die Restriktionen, die durch die Geheimdienste etc. auferlegt werden, um das System zu erhalten, haben Nebeneffekte: Die wirtschaftliche Vernetzung wird eingeschränkt, Innovationen werden verhindert und der Anschluss an die Globalisierung wird verpasst. Des Weiteren werden dem Staat durch den aufgeblähten Polizeiapparat Produktivkräfte entzogen. Die ökonomische Produktivität der Volkswirtschaft ist geringer, weil ein Großteil der Elite des Landes auf den Erhalt des Systems ausgerichtet ist und damit keinen produktiven Beitrag zum Sozialprodukt leistet.

Es entsteht ein Kreislauf, der zu verstärkter Armut und weiterer Frustration führt. Diese intensiviert sich, wenn durch die Medien der westliche Lebensstandard bekannt ist. Der durch diesen Frustrationskreislauf in der Bevölkerung aufgebaute Druck kann sich auf unterschiedlichste Art und Weise entladen: Einerseits in (aus westlicher Sichtweise) positiver Hinsicht, wie es Anfang 2011 in Tunesien und Ägypten passiert ist;⁶ andererseits kann der Druck aber auch dazu führen, dass sich radikalisierte Fronten herausbilden, die zu Terror oder Bürgerkrieg führen können, wie bspw. im Irak oder während des Zerfalls Jugoslawiens.

Einige Staaten kanalisieren diese Frustration der Bevölkerung und unterstützen antiwestliche Wert- und Politikvorstellungen, um Revolutionen gegen das eigene Regime zu verhindern. Dieser Antiamerikanismus verbindet als kleinster gemeinsamer Nenner die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Da das dadurch kreierte Feindbild weit entfernt und unerreichbar scheint, folgen zunächst keine unmittelbaren Konsequenzen.

Aufgrund der nicht unmittelbaren Betroffenheit hat die westliche Welt diese Tendenzen lange Zeit ignoriert. Erst mit dem ‚Vermittler‘ Osama bin Laden, der die Frustrationen auf die westliche Welt bzw. alles ‚Nicht-Islamische‘ lenkte, veränderte sich diese Einstellung. Bin Laden ist es gelungen, den Feind sichtbar und aufgrund einer dezentralisierten, transnationalen Organisationsstruktur auch angreifbar zu machen. Die Frustration der Bevölkerung wurde somit zu einer Waffe, die durch einen Vermittler in Richtung Antiamerikanismus kanalisiert wird. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde sie auch zu einer Bedrohung für die westliche Welt.

Diese entschloss sich daraufhin, in die lokalen Strukturen im Nahen Osten einzugreifen, um die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen. Damit einher ging der Versuch, die politischen Strukturen im Nahen Osten nachhaltig zu verändern. Zum Einen wurde mit dem – aus militärstrategischer Sicht – am einfachsten zu erreichenden Ziel begonnen: dem Einmarsch in Afghanistan im Oktober 2001. Zum Anderen begann im März 2003 der zweite Irakkrieg. Die Hoffnung bestand darin, dass ein Dominoeffekt entstehen und

“THE ROOT CAUSES OF
TERRORISM ARE NOT WHAT
PEOPLE USED TO THINK THEY
WERE.” STEPHEN BIDDLE

sich das stabilere Modell der Demokratie im Nahen Osten ausbreiten würde.⁷

Problematisch an dieser eher militärstrategischen Vorgehensweise ist unter anderem, dass Demokratien nicht einfach aus dem Nichts heraus entstehen, sondern einen langen Prozess durchlaufen, bis sie zu einer stabilen Staatsform werden. Das Scheitern des Vorgehens im Irak führte somit auch zu einer Veränderung der dahinter stehenden Rekrutierungsargumentation in der Politik.

Dafür gibt es zwei Hauptgründe: Zum Einen hat sich herausgestellt, dass die Vorgehensweise, ein Land durch vorübergehende militärische Machtübernahme zu demokratisieren, schwerer umzusetzen ist, als anfangs gedacht. Zum Anderen hat sich gezeigt, dass sich die Rekrutierungsbasis von al Qaida nicht wie angenommen nur im Nahen Osten zentriert. Das Problem der Radikalisierung ist sehr viel komplexer als ursprünglich angenommen. So hat sich in der Zwischenzeit gezeigt, dass es auch in westlichen Staaten Rekrutierungspotential gibt. Deshalb ist das Argument der Einflussnahme auf die Rekrutierung durch Maßnahmen in Übersee das schwächste der genannten drei und hat sich im Verlauf der Debatte in das *Safe-Haven-Argument* gewandelt.

“THIS SYSTEMATIC
FRUSTRATION WITH THE
GOVERNMENT EVENTU-
ALLY CREATED A PRESSURE
COOKER ENVIRONMENT IN
WHICH FRUSTRATION WITH
THE GOVERNMENT WOULD
LEAD TO REVOLUTIONARY
ACTIVITY.” STEPHEN BIDDLE

Entzug der Zufluchtsorte

Das Hauptargument für die Intervention 2001 in Afghanistan war die Vertreibung al Qaidas aus ihren Rückzugsräumen. Unter dem Schutz der Taliban agierte Osama bin Laden mit seinen Unterstützern bis dahin völlig frei und ungestört in Afghanistan. Dies galt es, dauerhaft durch eine Demokratisierung des Landes zu verhindern. Die zusammengefasste Begründung lautete, dass die Terroristen keine Bedrohung mehr darstellen, sobald sie keinen *Safe Haven* mehr haben. Auch dieses Argument wird inzwischen kontrovers diskutiert.

Ein Grund hierfür ist, dass das Engagement in Afghanistan erheblich teurer geworden ist als anfangs vermutet. Die ökonomischen Konsequenzen haben das ursprüngliche Ziel der Terrorismusbekämpfung den Entzug des sicheren Rückzugsraums in den Hintergrund gedrängt.⁸

Eine weitere Erkenntnis, die den Entzug der *Safe Haven* in der Argumentation verdrängt hat, ist die transnationale Struktur al Qaidas. Diese macht sich die modernen Kommunikationsmöglichkeiten zu Nutze. Rückzugsorte können somit vielerorts auf der Welt sein. Das Internet bietet die ideale Plattform für den Austausch von terroristischem Gedankengut und die moderne Kommunikation bildet die Planungsgrundlage von Aktivitäten.

“THAT’S WHY WE HAVE LARGE OFFICE BUILDINGS AND FACE-TO-FACE INTERACTION AND THEY NEED IT, TOO.”

STEPHEN BIDDLE

Allerdings sind der digitalen Kommunikation Grenzen gesetzt. Die Vernetzung durch das Internet und über mobile Geräte ersetzt nicht die Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Andernfalls würden z. B. viele Firmen mit deutlich weniger Büroräumen auskommen. Die Erfahrung zeigt aber, dass bei Videokonferenzen und ähnlichem die Aufmerksamkeitsschwelle vergleichsweise hoch ist. Bei der Kommunikation von Angesicht zu Angesicht werden aufgrund der niedrigeren Schwelle mehr Informationen ausgetauscht.⁹ Videokonferenzen u.ä. können nicht dauerhaft die persönliche Interaktion zur Planung und Vorbereitung einer terroristischen Tat ersetzen. Vor allem eine essentielle Voraussetzung für die Erledigung komplexer Aufgaben wird nur durch persönliche Kommunikation aufgebaut – Vertrauen. Vertrauen ist – gerade in Anbetracht der vertraulichen Natur der Inhalte – ein entscheidender Faktor in terroristischen Organisationen. Je komplexer ein Vorhaben, sei es in einem Unternehmen oder einer Terrororganisation, desto wichtiger ist die persönliche Kommunikation.

Im Bereich der Terrorismusabwehr werden viele unterschiedliche Anschlagsmöglichkeiten und -szenarien durchgespielt. Die Bedrohungen werden nach ihrer Wahrscheinlichkeit und ihrer Schadenshöhe klassifiziert. Diese Form der Priorisierung findet aber auch auf der gegnerischen Seite statt. Auch

terroristische Organisationen haben eine Prioritätenliste. Auf dieser steht das Überleben der Führungsstruktur der eigenen Organisation an erster Stelle.

Warum also werden nicht viel mehr Anschläge von der langen Liste der potentiellen Anschlagziele verübt? Ein Grund scheint darin zu bestehen, dass Strukturen, die jemandem innerhalb einer westlichen Gesellschaft so angreifbar und verletzlich erscheinen, von außen betrachtet viel komplexer wirken.

Vor allem ist aus der Sicht der Terroristen zu berücksichtigen, was alles organisiert werden muss, um einen erfolgreichen Anschlag zu verüben. Besonders schwierig ist in diesem Zusammenhang, dass bei einem größeren Anschlag verschiedene Spezialisten benötigt werden, die alle verdeckt koordiniert werden müssen. So benötigt man Experten für Dokumentenfälschung; Leute, die sich mit der Kultur des Landes auskennen, um Sicherheitsroutinen auszukundschaften; einen Sprengstoffexperten oder einen Chemiker, wenn man bspw. die Wasserversorgung vergiften will. Die Komplexität erfordert wiederum, aus kommunikationstheoretischer Sicht, eine Planung und Vorbereitung von Angesicht zu Angesicht und genau diese komplexe Planung wird durch Antiterrormaßnahmen erschwert.

Indem den Terroristen ihre Rückzugsräume genommen werden, werden ihre persönliche Kommunikation und damit die Planung gestört. Die Terroristen wissen, dass sie mit Gewalt angegriffen werden, sollte ihr Aufenthaltsort bekannt sein und die Gefahr eines Informationslecks steigt mit der Anzahl der versammelten Personen.

Ein weiterer Faktor sind die geheimdienstlichen Operationen zur Terrorismusbekämpfung. Als die Taliban noch in Afghanistan herrschten, stand der afghanische Geheimdienst, das „Nationale Sicherheitsdirektorat“, zwischen Osama bin Laden und den westlichen Geheimdiensten und erschwerte dadurch die Informationsgewinnung letzterer. Heutzutage kooperieren die westlichen Geheimdienste mit den lokalen Geheimdiensten und versuchen, al Qaida zu infiltrieren. Das führt dazu, dass die Rekrutierungsmöglichkeiten der Terrororganisation erschwert werden. Jeder neue Rekrut könnte ein Spion sein. In der Konsequenz werden neue Rekruten schlechter ausgebildet, da sie keinen Zugang zum inneren Zirkel der Organisation erhalten.¹⁰

Eine der größten Bedrohungen für jede Terrororganisation ist die Spionage. Dies gilt insbesondere in einer feindlichen Umgebung, in der man nicht über ein eigenes, sicheres Territorium verfügt. Deshalb ist es wichtig, dass terroristischen Organisationen ihre *Safe Haven* entzogen werden. Dies kann zwar durch

einen Einmarsch des Militärs erfolgen, das ist aber aufwendig und nicht notwendigerweise effektiv. Verhältnismäßiger wäre es, sich auf Spionage und präzise Luftangriffe zu konzentrieren. Solche Maßnahmen könnten helfen, das Gewaltmonopol des afghanischen Staates durchzusetzen. Dies erfordert aber einen entsprechenden politischen Willen, denn zumindest in der medialen Wahrnehmung ist die Zahl der zivilen Opfer bei Luftangriffen relativ hoch.¹¹ Die gezielte Bekämpfung terroristischer Aktivitäten scheint jedoch die aussichtsreichere Strategie zu sein.

Proliferation

Das dritte Argument ist das stärkste und älteste, aber auch das kontroverseste. Schützen die offensiven Maßnahmen in anderen Ländern davor, dass nuklearwaffenfähiges Material in die Hände von Terroristen gelangt?

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat eine terroristische Organisation wie al Qaida mit Nuklearwaffen beliefert, ist gering. Der Grund hierfür ist einfach: Die Wahrscheinlichkeit, dass der Staat, der das nuklearwaffenfähige Material weitergibt, im Nachhinein identifiziert werden kann, ist relativ hoch. Durch Proliferation würde ein solcher Staat sich der Gefahr aussetzen, durch die westlichen Alliierten ökonomisch sowie militärisch bestraft zu werden. Dies müssten insbesondere die Eliten des Landes fürchten. Dieser Logik zufolge ist die Weitergabe von nuklearwaffenfähigem Material durch einen Staat eher unwahrscheinlich.

Das realistischere Bedrohungsszenario besteht darin, dass ein fragiler Staat, der Nuklearwaffen besitzt, kollabiert und im Zuge eines Zusammenbruchs spaltbares Material auf den Schwarzmarkt gelangt.¹² Ein solches Szenario ist bspw. für Pakistan denkbar. Pakistan ist seit seiner Unabhängigkeit von Konflikten zwischen verschiedenen Ethnien und Glaubensgruppen geprägt. Es ist vorstellbar, dass im Fall eines Bürgerkriegs unterschiedliche politische Lager Zugriff auf Teile des Waffenarsenals und damit auch auf die Nuklearwaffen des Landes erlangen. Eine terroristische Organisation könnte in einem solchen Fall an nuklearwaffenfähiges Material gelangen. Dieses Szenario ist eines, das – wenn auch mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit – denkbar ist. Da der potentielle Schaden in einem solchen Szenario aber unerträglich hoch wäre, lohnt es sich politisch, hier viele Ressourcen zu investieren, um seine Verwirklichung zu unterbinden.

Welche Maßnahmen könnten vorbeugend getroffen werden, um ein solches Szenario zu verhindern? Die internationale Gemeinschaft kann bspw. versuchen, einen fragilen Staat mit externer Hilfe zu stabilisieren. Diese Unterstützung könnte bspw. in Form von finanziellen Mitteln erfolgen oder durch Ausbildungshilfe z.B. bei der Bekämpfung von Aufständischen. Beide Möglichkeiten wurden in der Vergangenheit versuchsweise umgesetzt.¹³ Doch werden die finanziellen Mittel, die Pakistan zufließen, häufig nicht für das verwendet, wofür sie ursprünglich vorgesehen waren, gleichgültig, mit wie vielen offiziellen

“THE CENTRAL THREAT TO MOST TERRORISTS MOST OF THE TIME IS ESPIONAGE.”

STEPHEN BIDDLE

Restriktionen sie verbunden sind.¹⁴ Auch Unterstützung bei der Ausbildung ist nicht möglich, da jede Hilfe diesbezüglich von Pakistan abgelehnt wird und selbst der diplomatische Kontakt schwierig ist.

Letztlich kann die westliche Welt nicht viel tun, um Pakistan zu stabilisieren. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, dass sich die Situation in Pakistan durch einen misslungenen Einsatz in Afghanistan weiter verschlimmert. Würden die Taliban wieder die Kontrolle über den afghanischen Staat erlangen, hätten sie die staatlichen Ressourcen, um die fragile und säkulare Führung Pakistans zu destabilisieren. Das Risiko eines Kollaps' in Pakistan würde somit ansteigen. Auch deshalb ist es von elementarer Bedeutung, dass der internationale Einsatz in Afghanistan erfolgreich ist.

“STATES HAVE SOMETHING TO PROTECT. STATES CAN BE RETALIATED AGAINST. STATES CAN BE IDENTIFIED.”

STEPHEN BIDDLE

Der stabilisierende Effekt, der von einem befriedeten Afghanistan ausgehen könnte, hätte einen positiven Einfluss auf die ganze Region und vor allem Pakistan. Dabei lässt sich nicht vorhersagen, ob die Kosten des Afghanistaneinsatzes den Nutzen aufwiegen oder ob dieser Einsatz wirklich den gewünschten Effekt erzielen wird. Trotzdem ist das Stabilitätsargument wichtig, auch wenn es indirekt ist. Ein stabiles Afghanistan reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass al Qaida oder andere terroristische Organisationen an Massenvernichtungswaffen gelangen und Pakistan, mit seinen Nuklearwaffen, gänzlich zu einem ‚Failing State‘ wird.

Fazit

Nationale und internationale Strategien zur Terrorismusbekämpfung stehen in einer Wechselbeziehung zueinander. Die nationalen Verteidigungsmaßnahmen werden seit den Anschlägen vom 11. September 2001 durch offensive Präventionsstrategien in anderen Ländern ergänzt. Die Wechselbeziehungen zwischen einer defensiven, nationalen und einer offensiven, internationalen Verteidigungsstrategie sind vielfältig und wurden hier nur in Teilen analysiert. Die Auswirkungen des transnationalen Terrorismus sind nicht mehr national begrenzt, deshalb ist eine internationale Kooperation über die Begrenztheit einer militärischen Strategie hinaus erforderlich.

Die politische Vernetzung von Nationalstaaten in multilateralen Organisationen, wie bspw. der UNO und der NATO, ermöglicht nicht nur gemeinsames Handeln, sondern fordert es auch ein. Der innenpolitische Umgang mit den Konsequenzen aus den offensiven, internationalen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Deutschland und den USA variiert stark. Die internationale Strategie der USA ist dabei deutlich offensiver angelegt als die Deutschlands, wie man zuletzt am Libyenkonflikt erkennen konnte. Doch auch in Deutschland steigt die Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr kontinuierlich an. Die Folgen sind zwiespältig.

Zum Einen verändert sich die Bedrohungslage im Innern. Deutschland rückt durch die Beteiligung am „Krieg gegen den Terror“ stärker in den Fokus der Terroristen. Zum Anderen sind langfristige, strategische und vernetzte Konzepte, sowohl innen- als auch außenpolitisch, bei der Terrorismusbekämpfung notwendig. Ob diesbezüglich eine militärische

Vorgehensweise eine effiziente Strategie ist, sei dahingestellt. Ein Versagen des bereits eingeschlagenen Weges in Afghanistan könnte jedoch äußerst negative Folgen haben.

Der intendierte positive Effekt einer länderübergreifenden Demokratisierung durch den Afghanistaneinsatz ist bisher noch nicht eingetreten. Die derzeitigen Entwicklungen in Nordafrika zeigen, dass Demokratisierungsprozesse auch ohne einen teuren militärischen Eingriff westlicher Mächte ausgelöst werden können. Ebenfalls kann man am Beispiel Nordafrikas erkennen, dass Demokratisierungstendenzen durchaus das Potential haben, auf Nachbarstaaten übergreifen. Ob hierbei die ausgebliebene Intervention fremder Mächte den entscheidenden Unterschied darstellt, wird sich zeigen. In einem solchen Fall müsste die Terrorbekämpfungsstrategie, die derzeit von Deutschland und den USA verfolgt wird, fundamental überarbeitet werden.

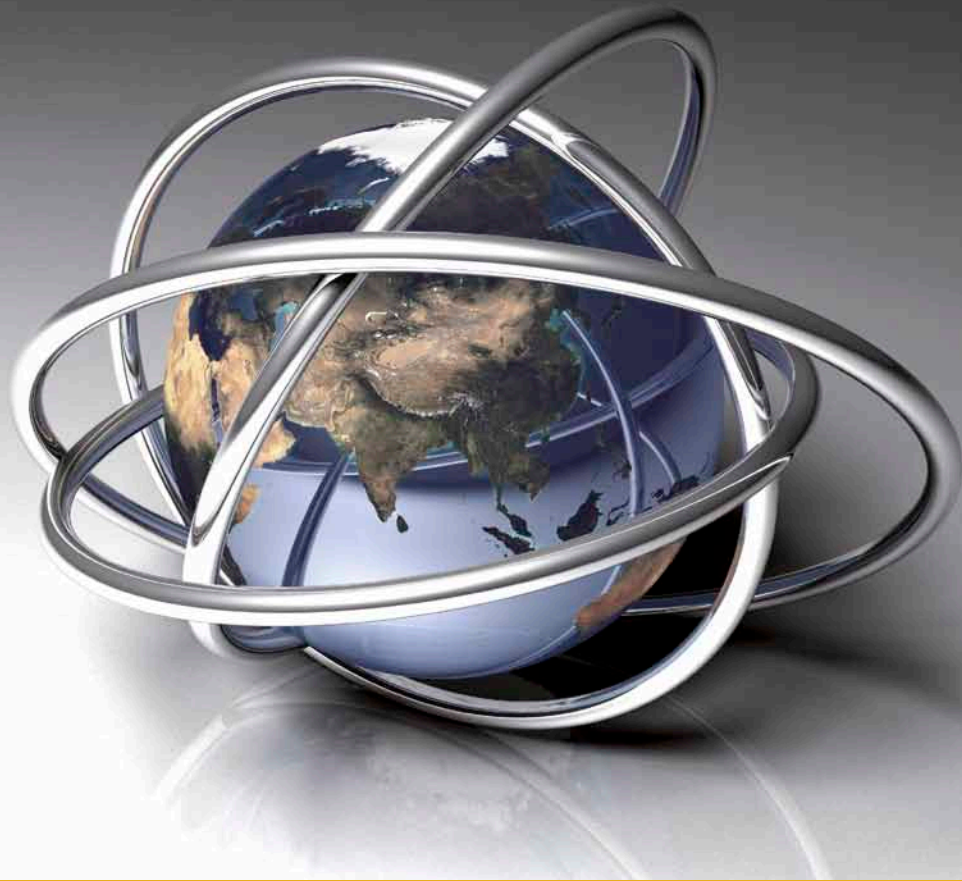
“BECAUSE ALL THE THINGS THAT LOOK SO VULNERABLE TO US IN OUR SOCIETIES REQUIRE A LOT OF COLLABORATION AMONG SPECIALISTS TO DESTROY. WE HAVE, IN FACT, MADE THAT KIND OF COLLABORATION A LOT HARDER.”

STEPHEN BIDDLE



Fußnoten

1. Eventuelle Missverständnisse sind auf die Autorin zurückzuführen.
2. Struck, Peter (20.12.2002): Rede im Deutschen Bundestag zur Verlängerung des ISAF-Mandates, in: [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg!/ut/p/c4/NY0xDoMwDEXPwgUSqKAq3ai6dGDqUOiCILGCVRKQY2Dp4ZtUwI96w3-WLd8yxPUbmp5xdv0kG9kqvA67GOxmhEWHnoFwtcKAVyOqkaH7uw2IATWa1RI_LHYekLusLAqhaYHQeKZVfeQrftI-g1OyAIxkcY6ChnmcSy0w8RbMBSBNQyZbN7rc0S4_Jvue8KU9VWeR1_XjGg5ORRQa5WHvZqyT5AVdxk!/,](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg!/ut/p/c4/NY0xDoMwDEXPwgUSqKAq3ai6dGDqUOiCILGCVRKQY2Dp4ZtUwI96w3-WLd8yxPUbmp5xdv0kG9kqvA67GOxmhEWHnoFwtcKAVyOqkaH7uw2IATWa1RI_LHYekLusLAqhaYHQeKZVfeQrftI-g1OyAIxkcY6ChnmcSy0w8RbMBSBNQyZbN7rc0S4_Jvue8KU9VWeR1_XjGg5ORRQa5WHvZqyT5AVdxk!/) (Zugriff 07.03.2011).
3. Bush, George W. (13. August 2005): President's Radio Address, in: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2005/08/20050813.html>, (Zugriff 03.04.2011).
4. Siehe zum politikwissenschaftlichen Ansatz z.B. Schlichte, Klaus (2009): *In the Shadow of Violence: The Politics of Armed Groups*. Campus Verlag. Für eine Betrachtung unter ökonomischen Aspekten siehe bspw. Fiorentini, Gianluca, Peltzman, Sam (Hrsg.) (1995): *The economics of organised crime*. Cambridge University Press.
5. Siehe beispielsweise: Coleman, James S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie*, München, Bd. 1, S. 13.
6. Die Revolution in Tunesien begann am 17.12.2010 mit der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi, einem Gemüsehändler. Dieser Auslöser führte zu landesweiten Massenunruhen und wochenlangen Demonstrationen und Protesten, die letztendlich zur Flucht des autokratischen Staatsoberhauptes, Zine el-Abidine Ben Ali, führten. Daraus entstand ein Dominoeffekt, der auf mehrere Staaten der arabischen Welt übergriff, u.a. Ägypten.
7. Auch wenn es zurzeit in Tunesien und Ägypten den Anschein macht, als sei die Vorgehensweise erfolgreich gewesen, so bleibt jedoch zum jetzigen Zeitpunkt abzuwarten, ob sich demokratische Institutionen herausbilden. Des Weiteren ist die Ursache-Folge-Beziehung noch nicht erforscht und somit zumindest zweifelhaft.
8. Dass die wahren Kosten eines Krieges deutlich höher sind als von offizieller Seite verkündet, weil z.B. Folgekosten nicht einberechnet werden, zeigt das Beispiel des Irakkrieges. Joseph Stiglitz beziffert dessen Kosten auf ca. 3 Billionen US-Dollar im Gegensatz zu den im Jahr 2002 veranschlagten 100–200 Milliarden US-Dollar. Siehe hierzu bspw. Hoff, Henning (26.2.2008): *Der Drei-Billionen-Krieg*, in: *Zeit online*, <http://www.zeit.de/online/2008/09/stiglitz-irakkrieg-kosten?page=all>, (Zugriff: 20.04.2011).
9. Ein Überblick über die wissenschaftliche Debatte hierzu findet sich in: Bergmann, Jörg R., Goll, Michaela, Meier, Christoph (1999): *Telekooperation*, in: *Arbeitspapier Nr. 8*, Institut für Soziologie, Universität Giessen, <http://www.uni-giessen.de/~g31047/bericht8.pdf>, (Zugriff: 20.04.2011).
10. Wahrscheinlich führte dieses Problem beim Times-Square-Bomber zum Fehlschlag. Die Sprengstoffausbildung in einem Lager in Pakistan wurde offenkundig auf ein Minimum beschränkt, die Bombe zündete nicht. Der Terrorist hatte keine Unterstützung bei dem Anschlag, weder bei der Beschaffung der Materialien noch beim Bau der Bombe.
11. Je nachdem, welche Quellen man heran zieht, schwanken die Statistiken über die Opferzahlen erheblich. Stephen Biddle hebt jedoch besonders einen Punkt hervor: Im Gegensatz zu Kriegen, die vor Beginn der Revolution in Military Affairs geführt wurden, sind die Opferzahlen in der Zivilbevölkerung bei Luftangriffen äußerst gering. Einen Überblick bietet: Andres, Richard B., Wills, Craig, Griffith, Thomas E. (2005/06): *Winning with Allies: The Strategic Value of the Afghan Model*, in: *International Security*, Vol. 30, Nr. 3, S. 124-160.
12. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelangte nuklearwaffenfähiges Material – trotz intensiver Gegenbemühungen (z.B. durch das Cooperative Threat Reduction Program) – auf den Schwarzmarkt. Siehe: Kamp, Karl-Heinz (1994): *Nuklearterrorismus: Fakten und Fiktionen*, Interne Studien Nr. 96/1994, Konrad Adenauer Stiftung, http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_1130_1.pdf, (Zugriff: 29.03.2011).
13. Der Congressional Research Service beziffert die Hilfe der US-Regierung für Pakistan im Zeitraum von 2002–2010 auf 18,6 Mrd. US-Dollar. Kronstadt, K. Alan (2010): *Pakistan: Key Current Issues and Developments*, in: *Congressional Research Service*, S. 67, http://assets.opencrs.org/rpts/R41307_20100601.pdf, (Zugriff: 29.03.2011).
14. Siehe bspw.: BBC News (14. September 2009): *Musharraf admits US aid diverted*, in: http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/8254360.stm, (Zugriff: 29.03.2011).



IMPRESSUM

Die Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) gGmbH ist ein unabhängiges, überparteiliches und nicht-gewinnorientiertes wissenschaftliches Institut, das zu gesellschaftswissenschaftlichen Fragen ziviler Sicherheit forscht. Das BIGS publiziert seine Forschungsergebnisse und vermittelt diese in Veranstaltungen an eine interessierte Öffentlichkeit. Es entstand im Frühjahr 2010 in Potsdam unter der Beteiligung der Universität Potsdam und ihrer UP Transfer GmbH sowie der Unternehmen EADS, IABG und Rolls-Royce. Es wird vom Land Brandenburg gefördert. Alle Aussagen und Meinungsäußerungen in diesem Papier liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors bzw. der Autoren.

Autor:

Kristin Kruse

Titel:

**Strategien der Terrorbekämpfung –
das Kombinieren von internationalen, offensiven mit
nationalen, defensiven Schutzmaßnahmen**

Herausgeber:

Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH

Verantwortlicher im Sinne des Rundfunkstaatsvertrages:

Dr. Tim H. Stuchtey

ISSN 2191-6756

Weitere Informationen über die Veröffentlichungen des BIGS befinden sich auf der Webseite des Instituts:

www.bigs-potsdam.org

Copyright 2011 © Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion, Speicherung oder Übertragung (online oder offline) des Inhalts der vorliegenden Publikation ist nur im Rahmen des privaten Gebrauchs gestattet. Kontaktieren Sie uns bitte, bevor Sie die Inhalte darüber hinaus verwenden.

BIGS
BRANDENBURGISCHES INSTITUT
für GESELLSCHAFT und SICHERHEIT

Geschäftsführender Direktor: Dr. Tim H. Stuchtey
Rudolf-Breitscheid-Straße 178 · 14482 Potsdam

Tel.: +49-331-704406-0 · Fax: +49-331-704406-19 · info@bigs-potsdam.org · www.bigs-potsdam.org